



KAPER BRIEF

Die verdammte Pflicht der Politik

Anschlagspläne Angriff auf die Bürgerrechte

Während der Weihnachtstage wagten Politiker der Union einen erneuten Vorstoß zum Thema Vorratsdatenspeicherung, vor allem der Erste Bürgermeister von Hamburg, Christoph Ahlhaus und der Ministerpräsident Hessens, Volker Bouffier, meldeten sich zu Wort, wie die taz berichtete. Neben dem allgegenwärtigen Schreckensszenario des Islamischen Terrorismus wird auch der Missbrauch von Kindern als Anlass für diesen massiven Eingriff in Grund- und Bürgerrechte jedes Einzelnen angeführt. Für die Hamburger PIRATEN ist dies Grund genug, die Pflichten der Politik genauer zu beleuchten.

Die Piratenpartei Hamburg stellt mit Befremden fest, dass nach wie vor Terrorängste geschürt werden, um einen Vorwand für eklatante Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger zu schaffen. Das unscharfe Feindbild „internationaler Terrorismus“ ist mittlerweile schon allein durch die ständig wiederholte, monotone Warnung selbstbegründend, auch wenn man der Bevölkerung konkrete Beweise schuldig bleibt. Gleichzeitig wird Kritikern der Vorratsdatenspeicherung „gezieltes Schüren von Panik und Ängsten“ vor einem allzu neugierigen Staat vorgeworfen. Dieser Vorwurf ist haltlos, aber beschreibt treffend die gängige christdemokratische Sicherheitspolitik. Und für die, die durch gebetsmühlenartig wiederholte Terrorwarnungen bereits abgestumpft sind, wird der Missbrauch von Kindern als Begründung für eine Vorratsdatenspeicherung ins Feld geführt – das altbekannte Totschlagargument, denn wer könnte etwas gegen diesen Kampf haben? Die Piraten gewiss nicht – ganz im Gegenteil. Sie fordern eine bessere Ausstattung der Polizei, um dem Kindesmissbrauch wirksam zu begegnen – aber sie fordern auch, die Ursachen zu bekämpfen, und diese liegen weder im Internet noch in dem Gebrauch moderner Telekommunikationsmittel, sondern im privaten Bereich. Und an den wagen sich gerade konservative Teile der Bevölkerung nicht so gerne, rüttelt er doch an

deren konventionellen Familienmodell von Vater, Mutter und Kind.

Ähnlich sieht es mit dem Kampf gegen den radikalen Islamismus aus – die Piratenpartei verschließt sich der Tatsache nicht, dass diese extremen Strömungen existieren und dass sie ein Gefahrenpotential bergen, allerdings hält sie auch hier nichts von Ergebniskosmetik und Symptombekämpfung, sondern setzt sich für eine konsequent verbesserte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ein – und diese muss auf den Gebieten von Bildung und Chancengleichheit in allen Bereichen erfolgen.



Es gibt durchaus Bedrohungsszenarien – nationale, wie internationale. Symbolische Maßnahmen verhindern keine Gefahr und verängstigen und belästigen stattdessen die eigene Bevölkerung. Es gibt weder eine schlüssige Argumentation für schwerbewaffnete Polizeikräfte auf Deutschlands Bahnhöfen, noch für

Wahlprogramm

Welchen Kurs steuern die Hamburger Piraten 2011 an?

Seite 2

Basisdemokratie 2.0

LiquidFeedback: Repräsentative oder direkte Demokratie? Weder noch, sondern interaktive Demokratie!

Seite 3

ELENA und Wikileaks

Transparenter Staat statt gläserne Bürger!

Seite 4

Nacktscanner

Nutzlos und teuer!

Seite 5

Wohnraum-Monopoly?

Soziales Gemeinwesen statt „Unternehmen Hamburg“.

Seite 6

Lern uns kennen!

Finde heraus, wo die Piraten sich in Hamburg verstecken, und komm uns besuchen!

Seite 7

Klarmachen zum Ändern

Die Grundsätze der Piraten

Seite 8



Kaperbrief
Piratenzeitung zu Hamburg
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org

Nacktscanner auf Flughäfen. In diese unvollständige Reihe politischer Unvernunft soll sich nun die Vorratsdatenspeicherung einfügen. Dies muss nicht nur verhindert werden; es bedarf endlich einer Neujustierung der Sicherheitspolitik und eine Rückbesinnung auf Vernunft und den Erhalt der Grundrechte.

Denn die Politik ist hier durchaus in der Pflicht: Es gilt nämlich, besonnen zu agieren und die Bürger dieses Landes zu schützen – auch vor der Beschneidung ihrer Grundrechte. Datenschutz und Privatsphäre dürfen einer gefühlten Sicherheit nicht geopfert werden. Symbolpolitik und Terrorhysterie schaden dem Wohl der Gesellschaft und bieten keinerlei Schutz vor einem tatsächlichen terroristischen Anschlag.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Als die Piratenpartei 2009 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl antrat, erreichte sie aus dem Stand in Hamburg 2,6%. Seit dem hat sich viel getan.

Es wurde eine Enquête-Kommission zur Netzpolitik eingerichtet, das Zugangerschwerungsgesetz wurde ausgesetzt. Wegen des Erfolgs der Piratenpartei! Die Altparteien bekamen Angst und versuchten, die Piratenpartei zu einer Randerscheinung der Netzkultur zu marginalisieren.

Neben den klassischen Kernthemen demokratische Teilhabe und Transparenz, Urheberrecht, Innere Sicherheit, Datenschutz und Bildung, haben die PIRATEN ein Grundsatzprogramm zu Sozialthemen und Umwelt, das wahrscheinlich progressivste Programm zu Geschlechter- und Familienpolitik und im Zeitalter von Wikileaks eine positive Aussage zu Whistleblowing. Mit unserem Hamburger Wahlprogramm geben wir Impulse für Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Bildung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Gutes Rüstzeug, um für Hamburg eine faire, transparente und gerechte Politik zu gestalten und innovatives Denken in verkrustete Strukturen zu bringen.

Mit unseren jungen, motivierten Kandidaten hebt sich die Piratenpartei Hamburg wohltuend vom Einheitsbrei der Altparteien ab und ist ein Gewinn für Hamburg und die Hamburger Bürgerschaft.

Am 20.02. Piraten wählen!

Herzlichst, Ihr
Christian Bucher
Vorstandsvorsitzender
Piratenpartei Hamburg

Kurs auf die Bürgerschaft

Hamburger Programm Kernthemen – Neue Themen – Stadtthemen

In anderen Parteien wird vom Vorstand oder einer Kommission ein Programm erstellt und von Delegierten beschlossen. Das ist einfach, geht schnell, ist aber nur eingeschränkt demokratisch. Das ist bei der Piratenpartei anders: Hier erstellen alle Mitglieder gemeinsam das Programm und stimmen es gemeinsam ab. Innerhalb kurzer Zeit entwickelten die Piraten mit Hilfe ihres Kollaborationstools LiquidFeedback (siehe auch Seite 3) mehr als 100 Programmanträge, über die auf einer Mitgliederversammlung abgestimmt wurde.



Die Themenpalette reicht dabei von den Kernthemen der Piraten, wie Bildung, Demokratie und Bürgerrechte über Innere Sicherheit, Umwelt und Energie bis zu Stadtentwicklung und Verkehr.

Besonders der freie Zugang zu Bildung ist den Piraten wichtig. Als Erstes wurden einstimmig die Abschaffung der Studiengebühren und eine Rücknahme der Kitagebührenerhöhung für das Wahlprogramm beschlossen. Aber auch sinnvolle Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose und die Abschaffung der 1-Euro-Jobs gehören für die Piraten zu einer sozialen Bildungspolitik.

Im Bereich der Inneren Sicherheit fordern die Piraten eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten und den Rückbau der allgegenwärtigen Videoüberwachung, vor allem im Bereich Reeperbahn. Die Piraten lehnen die geschürte Terrorhysterie entschieden ab.

Die Piraten setzen sich für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und für ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger ein. Weitere Demokratiedefizite wollen die Piraten mit einem Transparenzgesetz nach dem Vorbild des Antikorruptionsgesetzes in NRW, der Möglichkeit zu Online-Petitionen und durch Videoübertragung der Sitzungen der Bürgerschaft, ihrer Ausschüsse und Bezirksversammlungen beseitigen.

Der Bereich Stadtentwicklung besteht aus den Teilen Stadtplanung sowie Bauen und Wohnen. Hier wird vor allem mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung gefordert, sowie ein „Schutzschild“ gegen Gentrifizierung (siehe Seite 6).

Diese stadtpolitischen Forderungen werden ergänzt durch ein umfangreiches Konzept zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. So sprechen sich die Piraten nicht nur für die Stadtbahn – allerdings unter angemessener Einbeziehung der von den Baumaßnahmen betroffenen Bürger in die Planung – und den vollständigen Ausbau bis 2025 aus, sondern für den Aus- und Umbau des HVV insgesamt. Mit dem Slogan „HVV für lau“ setzen sich die Piraten für einen vollständig umlagefinanzierten, ticketfreien Hamburger Verkehrsverbund ein.



Claudius Holler

Medienunternehmer, 33 J.

Landesliste Platz 1
Wahlkreis 03 (Altona) Platz 3
Bezirk Eimsbüttel Platz 2

„Sicherheit lebt von Freiheit und Bürgerrechten!“



Ralf Hauke

Steuerberater, 46 J.

Landesliste Platz 2
Wahlkreis 02 (Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder) Platz 1
Bezirk Altona Platz 2

„HVV – für lau: ökologisch – sozial – finanzierbar!“

Basisdemokratie 2.0

Repräsentative oder direkte Demokratie? Weder noch, sondern interaktive Demokratie

In einer repräsentativen Demokratie – wie wir sie haben – folgen die Abgeordneten bei einer Abstimmung zu einem neuen Gesetz meist dem Willen ihrer Parteispitze, da sie den Willen ihrer Wähler nicht kennen, gar nicht kennen können. Dieses Problem tritt immer dann auf, wenn Wähler ihre Stimme an Repräsentanten – also die Abgeordneten – „abgeben“ müssen.

Das Gegenmodell der direkten Demokratie ist mehr als 2000 Jahre alt und stammt aus dem antiken Athen, der Geburtsstätte der Demokratie. In Deutschland sind direktdemokratische Prinzipien durch Volksentscheide oder Bürgerbegehren nur sehr begrenzt möglich. Unser politisches System leistet sich zwar einige magere Elemente direkter Demokratie als Dekoration, doch wichtiger ist den Politikern und Parteien ihr Einfluss. Würde man allerdings in Deutschland mit seinen Tausenden von Gesetzen, Verordnungen, Bestimmungen und Richtlinien eine konsequente direkte Demokratie einführen, wären die Bürger schnell überfordert. Jeder müsste täglich Entscheidungen treffen und das zu Themen, zu denen er nicht ausreichend informiert ist.

Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt in der Interaktiven Demokratie (Liquid Democracy, manchmal auch „Flüssige Demokratie“ oder „Fließende Demokratie“ genannt), bei der Übergänge zwischen repräsentativer und direkter Demokratie bestehen. Die Nachteile der beiden Prinzipien können gemildert, die Vorteile gebündelt werden. Dabei nutzen die Wählerinnen und Wähler ein elektronisches System. Jeder kann bei einer Entscheidung selbst bestimmen, ob er sich wie in einer repräsentativen Demokratie verhalten will, also seinen Abgeordneten vertraut, oder ob er mit seiner Stimme direkt in den Meinungsbildungsprozess eingreifen will. Da man nicht über alle Sachthemen umfassend informiert sein kann, kann man seine Stimme

einer anderen Person übertragen, der man Kompetenz zutraut. Man kann sich vorstellen, dass die Bevölkerung einer Stadt oder eines Landes auf diese Art eine viel größere Verantwortung erhält als bisher. Die Regierung führt ihre Politik gleichsam unter Vorbehalt aus, die Entscheidungen können per Bürgervotum revidiert werden. Unter dem Strich wird mit diesen Mitteln Politik sachorientierter, schneller und flexibler.

LiquidFeedback

Interaktive Demokratie liefert Lösungsansätze für eine bessere Teilhabe der Bürger und weist damit eine große Übereinstimmung mit den Zielen der Piratenpartei auf. Um hier Erfahrungen zu sammeln, wurde eine Software entwickelt, die den Namen LiquidFeedback trägt und in Landesverbänden und im Bundesverband der Piratenpartei erprobt wird. Vorrangiges Ziel ist dabei, trotz stark steigender Mitgliederzahlen die basisdemokratische Ausrichtung zu garantieren. Einmalig in der deutschen Parteienlandschaft ist es, dass der Parteivorsitzende und ein einfaches Parteimitglied die gleichen Rechte bei der demokratischen Mitwirkung haben. Jeder darf über LiquidFeedback einen Vorschlag einbringen, Unterstützer dafür sammeln, Anregungen geben, bei Bedarf einen Gegenvorschlag einbringen und an der abschließenden Abstimmung teilnehmen. Die Diskussionsphase ist äußerst transparent, da ständig ein Feedback erfolgt über die Zahl der Unterstützer, über Änderungen an der Vorlage und über eingebrachte Anregungen.

LiquidFeedback steht als Open-Source-Software kostenfrei zur Verfügung und kann daher auch von anderen Parteien, Gebietskörperschaften, NGOs und Vereinen genutzt werden. Die Entwickler haben zur Betreuung und Weiterentwicklung der Software den Verein Interaktive Demokratie e.V. gegründet.



Mach mit! Werde Junger Pirat!

Die Jungen Piraten (JuPis) vertreten die Interessen von Kindern und Jugendlichen innerhalb der Piratenpartei Deutschland und können damit schon früh Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Sie setzen sich aktiv für Meinungsfreiheit und Datenschutz in ihrem Umfeld ein, z.B. bei den Themen pauschale Zugangsbeschränkungen zum Internet, Kriminalisierung von Computerspielen und Datenerfassung an Schulen. Zudem streben sie die Demokratisierung des Schulsystems an. Natürlich kannst du auch ohne Mitgliedschaft reinschnuppern.
Mehr Infos: www.junge-piraten.de



Andreas Gerhold

Fotograf, 48 J.

Landesliste Platz 3
Wahlkreis 01 (Mitte) Platz 2
Bezirk Mitte Platz 1
Bezirksliste Platz 1

„Stadtentwicklung mit den Bürgern statt für Spekulanten!“



Arnd Klinkhart

Kaufmann, 42 J.

Landesliste Platz 4
Wahlkreis 04 (Blankenese) Platz 1
Bezirk Altona Platz 3

„Wer im Rathaus sitzt, soll nicht mit Scheinen schmeißen!“

Transparenter Staat statt gläserne Bürger

ELENA Die zentrale Speicherung von Personaldaten läuft weiter – ihre Benutzbarkeit steht in den Sternen

ELENA, das ELEktronische EntgeltNAchweis-Verfahren ist nun seit einem Jahr für alle Arbeitgeber Pflicht. Das bedeutet, dass Monat für Monat Daten über alle Einzelheiten von Mitarbeitern – 40 Millionen Arbeitnehmer, auch Beamte, Richter und Soldaten – erhoben und elektronisch abgeliefert werden müssen. Der „Multifunktionale Verdienstdatensatz“ umfasst dabei nicht nur Details über die Beschäftigung und Entgelte, sondern auch sehr persönliche Informationen wie Gründe für Fehlzeiten (z.B. Pflegezeit und Mutterschutz), Abmahnungen und Kündigungen. Diese Angaben werden allein vom Arbeitgeber gemacht; Arbeitnehmer haben keine Möglichkeit zur Akteneinsicht, und damit auch keine Möglichkeit zum Einspruch. Geplant war anfangs sogar, Teilnahmen an Streiks zu dokumentieren. Nach massiven Pro-

testen von Gewerkschaften und Datenschützern wurde zumindest dieser Teil der zentralen „Arbeitnehmer-Verwaltung“ gestrichen.

Mit Hilfe des intransparenten Datensilos sollten eigentlich ab 2012 die Berechnungen von Elterngeld, Wohngeld und anderen Sozialleistungen erfolgen. Im Herbst 2010 wurde jedoch klar, dass die technischen Voraussetzungen in den Ämtern dafür gar nicht vorhanden sind. Die neue Planung sieht nun eine Nutzung der – trotzdem munter weiter gespeicherten – Daten ab 2014 vor. Übrigens wird dann nicht nur die Agentur für Arbeit Zugang zu diesen Daten haben, mittelfristig sollen auch andere Behörden, etwa für kommunale und zivilrechtliche Verfahren, darauf zugreifen können.

Es ist außerdem vorgesehen, dass beantragende Bürger den Ämtern die Benutzung ihrer

Daten erlauben müssen, um Sozialleistungen erhalten zu können. Dazu müssen sie sich „elektronisch ausweisen“. ELENA wird also auch dazu benutzt, Chipkarten mit digitalen Signaturen bzw. den neuen elektronischen Personalausweis verpflichtend zu machen.

Dass Externe an dieser persönlichen Arbeitsgeschichte sehr interessiert sind, kann man sich leicht denken. Potentielle Arbeitgeber würden wahrscheinlich gerne wissen, wenn ein Arbeitnehmer öfters wegen einem pflegebedürftigen Verwandten fehlt, Krankenkassen und andere Versicherer dürften sich für durch Fehlzeiten dokumentierte Erkrankungen brennend interessieren. Dass Personendaten früher oder später ausspioniert, weitergegeben und missbraucht werden, bestätigt sich leider regelmäßig durch diverse Datenskandale.

WikiLeaks Piratenparteien unterstützen die Whistleblowing-Plattform

Spätestens seit der Verhaftung von Julian Assange, dem prominentesten Sprecher von WikiLeaks, und der Offensive einiger ehemaliger Vertragspartner gegen WikiLeaks hat es die Whistleblowing-Plattform in die Offline-Medien und damit die breite Öffentlichkeit geschafft. Viele Piratenparteien weltweit unterstützen WikiLeaks mit „Spiegelungen“, also Kopien der Daten, auf ihren Web-Servern. Die Piraten sehen in der Verfolgung von WikiLeaks eine klare Bedrohung der Informationsfreiheit im Internet, aber auch darüber hinaus, indem eine zentrale Plattform für das Whistleblowing quasi zum Abschuss freigegeben wird.

Whistleblowing meint den ethisch begründeten Geheimnisverrat eines Insiders. Der Whistleblower gibt der Öffentlichkeit Hinweise zu internen Vorgängen oder Tatsachen, die er für höchst kritikwürdig hält und die allgemein bekannt sein sollten. Als „Frühwarnsystem“ können Whistleblower in Unternehmen und staatlichen Institutionen helfen, Fehlentwicklungen

wie Korruption, aber auch andere „schmutzige“ Geschäftspraktiken, bekannt zu machen und das gerechtfertigte Interesse der Allgemeinheit zu schützen. Da ein solcher „Geheimnisverrat“ aber unter keinem rechtlichen Schutz steht, im Gegenteil Kündigung und sogar Strafverfolgung nach sich ziehen kann, sind Whistleblower auf besondere Wege angewiesen. Zum Einen können sie versuchen, Journalisten auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Zum Anderen, und das ist die Methode, die gerade für Furore sorgt, können sie eine Online-Plattform nutzen, die Daten anonym überträgt.

WikiLeaks wurde weltweit bekannt, als es im April 2010 das sogenannte „Collateral-Murder“-Video öffentlich machte, und der Welt damit den schmutzigen Krieg im Irak vor Augen führte. Wie ernst die Regierungen den „Verrat“ der militärischen Geheimnisse nehmen, wird an der Anklage von Bradley Manning, dem Soldaten, der mutmaßlich das Video weitergegeben hat, sichtbar: Ihm drohen 52 Jahre Haft.



Anne Alter

Korrektorin, Redakteurin, 44 J.

Landesliste Platz 5
Wahlkreis 05 (Rotherbaum-
Havestehude-Eimsbüttel-Ost)
Platz 1
Bezirk Eimsbüttel Platz 1

**„An Bildung zu sparen kann
Hamburg sich nicht leisten!“**



Thomas Michel

Kaufmännischer Angestellter, 42 J.

Landesliste Platz 6
Wahlkreis 14 (Rahlstedt) Platz 1
Bezirk Wandsbek Platz 2

**„Gleiche Rechte, gleiche Pflichten,
gleiche Chancen:
bedingungslose Teilhabe!“**

Sicherheitstheater am Airport

Terrorhysterie Sicherheitstheater treibt gefährliche Blüten

Sind wir bisher von Terroranschlägen kaum betroffen, so sind wir es umso mehr von Maßnahmen der Terrorbekämpfung. Obwohl die Terrorgefahr von außen besteht, wirken fast alle beschlossenen Gesetze nach innen.

Die Maßnahmen der deutschen Regierung beschneiden Freiheitsrechte, schaffen fragwürdige Überwachungsstrukturen und stellen ganze Bevölkerungsgruppen unter Pauschalverdacht. Mit dem neuen Reisepass und dem neuen Personalausweis wird die computergestützte Identifizierung anhand biometrischer Merkmale ermöglicht. Aus Sicht der Piratenpartei werden die Grundrechte der Bürger auch dadurch gefährdet, dass sämtliche Telefon- und Email-Verbindungsdaten ohne jeden Anlass oder konkrete Gefahr gespeichert werden sollen. Diese auch von CDU-Bürgermeister Ahlhaus vehement geforderte Vorratsdatenspeicherung ist nichts anderes als der erste Schritt zur Überwachung unserer Kommunikation. Aus den Daten lassen sich u.a. soziale Beziehungen rekonstruieren.

Nacktscanner - nutzlos und teuer

Trotz massiver Einwände von Experten und der Piratenpartei startete am 27. September 2010 am Hamburger Flughafen der Pilotbetrieb der Ganzkörperscanner. Die in Hamburg eingesetzten Geräte sollen die Kleidung der Passagiere durchdringen und darunter getragene Gegenstände sichtbar machen. Der Passagier erscheint auf dem Monitor des Gerätes quasi nackt, weshalb die Scanner umgangssprachlich auch als Nacktscanner bezeichnet werden. Aufgrund der massiven Proteste der Piratenpartei und von Datenschützern wurden die Geräte nach Darstellung des Bundesministerium des Innern noch einmal überarbeitet. Das BMI erklärt nun, es würden „keine Bilder eines realen, menschlichen Körpers produziert, noch werden Daten gespeichert“.



CC-BY-NC: Marvin

Der Test in Hamburg soll als Probelauf für eine bundesweite Einführung dienen. Die Piratenpartei lehnt den geplanten Einsatz der Geräte auf deutschen Flughäfen ab. Wie die Bundespolizei bestätigte, ist die Fehlerquote bei der Überprüfung mit dem Nacktscanner sehr hoch: Viele Passagiere müssen dennoch vor der Benutzung Kleidungsstücke ausziehen. Dies führt zu langen Verzögerungen bei der Abfertigung der Fluggäste bis hin zur Verdoppelung der Wartezeiten. Experten halten den Sicherheitsgewinn durch den Einsatz der Geräte für gering. Zum Einen konnte die Bundespolizei in Laborversuchen Sprengstoff mit Körperscannern noch nicht ausreichend erkennen und zum Anderen ermöglichen die Nacktscanner keine Analyse von Körperöffnungen oder des Körperinneren. Dort versteckte Gegenstände können also durch die Geräte nicht aufgespürt werden. Sichtbar sind aber Details wie ein künstlicher Darmausgang, ein Herzschrittmacher oder Körperschmuck, deren Darstellung einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und die Intimsphäre der Fluggäste darstellen. „Flughafensicherheit lässt sich am besten durch eine gut ausgestattete und bezahlte Polizei sowie motiviertes Flughafenpersonal gewährleisten, die

zusammen nach einem schlüssigen Sicherheitskonzept arbeiten“, erklärt Thomas Michel, Spitzenkandidat aus Rahlstedt. „Das Vorgaukeln zusätzlicher Flugsicherheit durch Einführung nutzloser und teurer Körperscanner auf Kosten bürgerlicher Grundrechte lehnt die Piratenpartei Hamburg ausdrücklich ab.“

Egal ob Vorratsdatenspeicherung, Nacktscanner, ePerso, Indect oder ELENA: Innerhalb eines Jahrzehnts wurden Bürgerrechte und rechtsstaatliche Prinzipien in einer beispiellosen Weise eingeschränkt, wie es sie seit Gründung der Bundesrepublik nicht gegeben hat. Dabei ist noch nicht einmal erwiesen, dass uns diese Maßnahmen besser vor Kriminalität oder Terrorismus schützen. Erwiesen hingegen ist: Sie kosten Millionen an Steuergeldern, zerstören die Privatsphäre Unschuldiger, gefährden das Kommunikationsgeheimnis, setzen die komplette Bevölkerung unter Generalverdacht und schaffen eine Datensammlung, die jedermann erfasst. Dieser Prozess muss gestoppt werden: Die Piratenpartei setzt alles daran, die Bürger über diese Einschnitte zu informieren, bewusst geschürte Terrorhysterie zu entkräften und den Bürgerrechten endlich wieder mehr Geltung zu verleihen.



Dr. Thomas Pohl

Geograph, Akademischer Rat

Landesliste Platz 7
Wahlkreis 02 (Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder)
Platz 2
Bezirk Eimsbüttel Platz 3

„Wohnungsbau statt Wuchermieten!“



Burkhard Masseida

Arbeiter, 36 J.

Landesliste Platz 8
Wahlkreis 03 (Altona) Platz 1

„Wer bereit ist Freiheit gegen Sicherheit zu tauschen, wird am Ende beides verlieren!“ (Benjamin Franklin)

Wohnraum-Monopoly?

Gentrifizierung Soziales Gemeinwesen statt „Unternehmen Hamburg“

Seit Sommer 2009 macht ein Schlagwort in Hamburg die Runde: Gentrification oder zu deutsch Gentrifizierung. Was ist das und ist das ansteckend?

Gentri-Dingsbums sprechen Aktivisten das Wort, das Politiker so ungern in den Mund nehmen. Es beschreibt einen städtischen Wandlungsprozess: Innerstädtische Quartiere, meist einstige Arbeiterstadtteile, verkommen, bieten dadurch günstigen Wohn- und Arbeitsraum für Studenten und Künstler, die sogenannten Pioniere. Die Viertel werden „szenig“ und „hip“ und ziehen Besserverdienende an, die sich gern mit Szenezugehörigkeit schmücken. Und nun nimmt der Prozess Fahrt auf: Die Mieten steigen, kleine Läden verschwinden und werden durch Ketten ersetzt. Bewohner, die umziehen müssen, finden innerhalb ihres Viertels keine neue Wohnung, weil die Konkurrenz der Besserverdienenden und die gestiegenen Mieten dies verhindern. Die Mieten steigen weiter, statt Sozialwohnungen entstehen immer mehr Eigentumswohnungen, die Mieten steigen weiter ... und so weiter und so fort.

Die ehemaligen Bevölkerungsschichten des Viertels werden in die Randlagen der Stadt verdrängt und die soziale Schere öffnet sich immer weiter. Gentrifi-Dingsbums ist ansteckend, aber nicht unheilbar!

Fakten?

In Hamburg fehlen unbestritten etwa 30.000 Wohnungen. In den letzten zehn Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen in Hamburg um gut 35% zurückgegangen. Umfasste der Bestand im Jahr 2000 noch 153.000 Wohneinheiten,

sind es heute nicht einmal mehr 98.000. Der Neubau an öffentlich geförderten Wohnungen in Hamburg steht nahezu still. Fachleute fordern aber den Bau von mindestens 6.000 Sozialwohnungen pro Jahr. Gleichzeitig überweist das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA/GWG jährlich rund 100 Millionen Euro an die Stadt. Gerade für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen ist diese Entwicklung



Das Hamburger Gentropy-Spiel der Künstlergruppe Lumo

CC-BY-NC-SA: Tobias Boeing

in hohem Maße problematisch. Im Segment des preiswerten Mietwohnungsmarktes werden kaum neue Wohnungen gebaut. Für eine steigende Zahl von Menschen wird daher die zu entrichtende Miete zu einem existenzbedrohenden Kostenfaktor und der notwendige Umzug an den Stadtrand zur räumlichen Falle.

Warum greift der Senat nicht ein?

Weil er Interesse daran hat. Seitdem SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi 1982 das „Unternehmen Hamburg“ zum Leitbild der Stadt erklärt hat, werden die Bewohner Hamburgs als Humankapital begriffen, die dem „Unterneh-

men“ dienlich sein sollen. Dabei hat die Politik nicht mal die vorhandenen Bürger im Blick, sondern möchte dem demografischen Wandel entgegenwirken und Neubewohner für Hamburg werben – natürlich in erster Linie Besserverdiener als gute Steuerzahler. Dafür werden dann neue Stadtteile wie die Hafencity entworfen und Prestigeprojekte wie die Elbphilharmonie gebaut. Die ärmeren Bewohner, Familien und Migranten müssen an den Stadtrand weichen. Auch neuere Leitbilder wie „Wachsende Stadt“ mit oder ohne „Weitsicht“ haben daran nichts geändert.

Was wollen die Piraten für die Stadtentwicklung tun?

Die Piratenpartei lehnt diese unsoziale Politik, die auf Kosten der einkommensschwächeren Einwohner Hamburgs geht, grundsätzlich ab. Sie fordert einen Schutzschild gegen Gentrifizierung durch Beobachtung der sozialräumlichen Entwicklung sowie Interventionen auf dem Wohnungsmarkt. „Wir stellen vor allem die soziale Frage in den Mittelpunkt“, sagt Andreas Gerhold aus St. Pauli, Spitzenkandidat und Koordinator der AG Stadtentwicklung, „wir schlagen in unserem Programm eine ganze Reihe von Steuerungsinstrumenten vor, um die sogenannte Aufwertung abzufedern.“

Deswegen fordert die Piratenpartei Hamburg, dass der soziale Wohnungsbau wieder aufgenommen wird und dass Sozialwohnungen nicht mehr vorwiegend dort entstehen, wo sich Armut und soziale Problemlagen schon jetzt konzentrieren. Vielmehr sollten sie in stabilen, heterogenen und in besonders von Gentrifizierung betroffenen Quartieren geplant werden, um einer weiteren sozialen Entmischung der Stadt entgegenzuwirken. „Hamburg ist ein soziales Gemeinwesen und kein Unternehmen mit Humankapital!“, so Gerhold.



Gunnar Thöle

Dipl. Ing. Maschinenbau, 32 J.

Landesliste Platz 9
Wahlkreis 01 (Mitte) Platz 01
Bezirk Mitte Platz 2
Bezirksliste Platz 2

„Orange ist das neue Grün!“



Frederike Tepe

Sozialunternehmerin, 34 J.

Landesliste Platz 10
Wahlkreis 05 (Rotherbaum-Havestehude-Eimsbüttel-Ost)
Platz 3

„Bürgerbeteiligung darf kein Märchen bleiben!“

Wo die Hamburger Piraten stecken...

Lern uns kennen! online und offline...

Ein fester Termin für Piraten und alle, die mal bei uns vorbeischauchen möchten, ist immer dienstags im Kulturhaus III&70 am Schulterblatt 73. Beim landesweiten Stammtisch ab 19 Uhr kann man in entspannter Atmosphäre reden, eine Mate u.ä. trinken und die social skills von Piraten austesten.

Der Landesverband Hamburg freut sich auf alle Menschen, die die Piraten persönlich kennen lernen wollen, mit uns diskutieren oder mehr über unsere Arbeit erfahren wollen. Piraten gibt es nicht nur im Internet, sondern in nahezu allen Hamburger Stadtteilen. Im Hamburger Bereich des Wikis findet man unsere Arbeitsgruppen, sowie sonstigen Aktivitäten und Termine.

Neben der zentralen Homepage der Piratenpartei Deutschland (www.piratenpartei.de) stellt das Piratenwiki (wiki.piratenpartei.de) sozusagen das kollektive Gedächtnis der Piratenpartei dar. Wie in der Partei generell, verzichten wir wo es geht auf Hierarchien und Beschränkungen. Alles soll für alle offen einsehbar und nachvollziehbar sein. Jeder soll mitmachen und mitentscheiden, mitschreiben und mitentwickeln dürfen. Dies tun wir unter anderem mithilfe der Plattform LiquidFeedback (lqfb.piratenpartei.de). Im Übrigen: Um bei uns mitzuarbeiten und Anregungen einzubringen, muss man kein Pirat sein. Und erst Recht kein Nerd, das sind wir zu einem großen Teil nämlich – entgegen unserem Image – auch nicht. Trau Dich einfach!

Selbstverständlich freuen wir uns über jedes neue Mitglied, sei es bei den Piraten und/oder den Jungen Piraten! Teile mit uns Deine Meinung, Dein Wissen, Dein Engagement – es wird sich für Dich und Uns vervielfachen! Und wenn Du unseren Einsatz für den Schutz der Bürgerrechte, mehr Demokratie und gegen die Überwachung der Zivilgesellschaft finanziell unterstützen willst, freuen wir uns natürlich über Spenden – besonders jetzt im Wahlkampf.

www.piratenpartei-hamburg.de

Die Hamburger Piraten freuen sich über jede Hilfe!

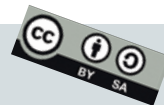
Piratenpartei LV Hamburg | Konto: 2009014600 | BLZ: 43060967 | GLS Bank

Verwendungszweck: Hamburg Wahl 2011

Wer Namen und Anschrift angibt, erhält auch eine Spendenbescheinigung.



Impressum



Kaperbrief
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland,
Landesverband Hamburg
Postfach 11 35 32, 20435 Hamburg
Telefon: 040/22813780
Fax: 040/537997209

Internet:
<http://www.piratenpartei-hamburg.de>
Briefe an die Redaktion:
hamburg@kaperbrief.org

Redaktion:
Anne Alter, Andreas Gerhold, Stefan Gerecke, Thomas Michel, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas, Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung-Weitergabe“ unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abweichend lizenzierte Inhalte sind entsprechend gekennzeichnet. Die abgebildeten Wahlplakate stehen nicht unter einer Creative-Commons-Lizenz. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Sebastian Seeger

Nachtwache, 29 J.

Wahlkreis 10
(Fuhlsb.-Alsterd.-
Langenh.) Platz 1
Bezirk Nord Platz 1

**„Veränderung
beginnt beim
Kreuzen – Piraten
wählen!“**



Fridtjof Bösche

Webentwickler, 30 J.

Wahlkreis 11 Platz 1
Bezirk Wandsbek
Platz 1

**„Sicherheit durch
Bildung und
bedingungslose
Teilhabe!“**



Marc Dittmer

IT-Administrator, 36 J.

Wahlkreis 15 (Berge-
dorf) Platz 1
Bezirk Bergedorf Platz 1
Bezirksliste Platz 2

**„Entschlossen
gegen Korruption,
Klüngel und Lobby-
ismus!“**

Klarmachen zum Ändern!

Durch diese Grundsätze wird Politik bei der Piratenpartei greifbar – und kann so überhaupt erst Spaß machen.



Datenschutz

Staat und Privatwirtschaft sammeln immer mehr personenbezogene Daten. Zum Schutz der Privatsphäre muss solch eine staatliche Sammelwut unterbunden werden.



Überwachung

Unter dem Vorwand der Kostenersparnis werden Maßnahmen eingeführt, die weder real noch gefühlt Sicherheit bringen. Wir fordern den Schutz der Unschuldsvermutung und das Ende pauschaler Verdächtigung und anlassloser Überwachung.



Bildung

Bildung ist ein Grundbaustein des demokratischen Rechtsstaates. Deshalb fordern wir freien und unbeschränkten Zugang zu Wissen, verbunden mit gleichen Bildungschancen für alle Bürger. Das schließt auch die Abschaffung der Studiengebühren ein.



Transparenz

Politik wird von Lobbys gesteuert. Unternehmen beeinflussen Politiker und die Gesetzgebung maßgeblich. Diese Abhängigkeiten zwischen Unternehmen und Politikern müssen aufgedeckt werden. Abgeordnete sollen Nebentätigkeiten und daraus resultierende Einkünfte veröffentlichen.



Meinungs- und Informationsfreiheit

Dank des Internets hat der Meinungs- und Informationsaustausch Grenzen überwunden. Politiker fordern, diese Freiheit über das gesetzliche Maß hinaus zu begrenzen, auch wenn dadurch Grund- und Bürgerrechte eingeschränkt werden. Wir meinen, dass eine wirkliche Meinungsfreiheit nur möglich ist, wenn Staat und Internetanbieter keine Filter oder Sperrmechanismen einsetzen.



Pressefreiheit und Informantenschutz

Veröffentlichungen von streng geheimen Dokumenten haben Schlagzeilen gemacht – etwa über die Internetplattform Wikileaks. Wir sehen darin einen wichtigen Beitrag für Transparenz und Informationsfreiheit. Im Sinne einer freien Presse und einer informierten Gesellschaft mündiger Bürger wollen wir anonyme Informanten gesetzlich schützen.



Umwelt und Energie

Die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt ist die Grundlage für eine Existenz in Freiheit. Dazu gehört der verantwortungsvolle Umgang mit Natur und Ressourcen. Aus diesem Grund lehnen wir Atomkraft ab. Wir sind für eine Vielfalt an zukunftsfähigen und dezentralen Energiekonzepten und gegen Monopole auf dem Energiemarkt.



Familien- und Geschlechterpolitik

Eine zeitgemäße Familien- und Geschlechterpolitik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden. Deshalb setzen wir uns für freie Selbstbestimmung der sexuellen Identität ein. Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder pflegebedürftige Menschen versorgt werden, verdienen besonderen Schutz.



Urheberrecht und Nutzungsrecht

Das Nutzungsrecht entfernt sich immer weiter vom Urheber und entwickelt sich zum reinen Verwerterrecht. Musik- und Filmindustrie profitieren, Nutzer werden kriminalisiert. Deshalb unterstützen wir neue Geschäfts- und Verwertungsmodelle, die Urhebern mehr Kontrolle über ihre Werke geben und die Rechte von privaten Nutzern und Kreativen stärken.



Mitmachdemokratie

Die Piratenpartei steht für einen neuen Ansatz in der Politik. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung der Bürger fördern und politische Prozesse transparent gestalten, auch in unserer eigenen Partei.

MIMI & EUNICE
[Sprich: Me-Me und You-Ness]
CC-BY-SA: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)

